

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom Dienstag, 19.03.2002

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister W. Brilmayer
Schriftführerin: Pfleger

Anwesend waren die stellv. Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Gruber, Hülser (für Stadtrat Spötzl), Portenlänger und Will sowie die Stadträte Abinger, August, Ostermeier (für Stadträtin Dr. Luther) und Schechner.

Entschuldigt fehlten stellv. Bürgermeister Ried, Stadträtin Dr. Luther und Stadtrat Spötzl.

Frau Kern, Stadtjugendpfleger Hölzer, Herr Freitag, Herr König und Frau Pfleger nahmen beratend an der Sitzung teil.

Zu TOP 1 war der Graphiker - Herr Strobel - anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss erklärte sich einverstanden, die Punkte 2, 11 und 12 der Tagesordnung, zu denen Stadtjugendpfleger Hölzer anwesend war, vorzuziehen.

TOP 2

Stadtjugendpflege;

a) Schwerpunkte 2002

b) Vorstellung des Haushaltsplanes 2002

öffentlich

a) Schwerpunkte 2002:

Stadtjugendpfleger Hölzer erläuterte dem Ausschuss ausführlich folgende, für das Jahr 2002 vorgesehene Schwerpunkte seiner Arbeit:

Ferienprogramm

- Ebersberger Ferienspass mit Angeboten für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren
- Angebote der Umweltstation
- Inline Skater Training

Kindertheater

Kooperation

- Schulung für Ehrenamtliche aus Vereinen und Verbänden (Jugendpflege Grafing)
- Beteiligung an der Suchtpräventionswoche (Caritas, Jugendpflege Aßling und Grafing)
- Veranstaltungsreihe Faschismus (KJR Ebersberg)

Neues Jugendzentrum

- Sicherstellung der direkten Beteiligung der AJZ an allen Planungsschritten
- Erarbeiten einer Nutzungsvereinbarung
- Inneneinrichtung und Gestaltung
- Eröffnungsfest
- Betreuung der Baustelle
- Organisation Umzug

Streitschlichterteam an der Hauptschule Ebersberg

- Verankerung im Schulalltag
- Beratung und Unterstützung
- Organisation eines Fortbildungsangebotes

Der Ausschuss nahm die Ausführungen von Stadtjugendpfleger Hölzer zustimmend und anerkennend zur Kenntnis.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

b) Vorstellung des Haushaltsplanes 2002:

Der Haushaltsentwurf der Stadtjugendpflege für das Jahr 2002, der dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt ist, sieht auf der Ausgabenseite ein Volumen von 17.500,00 €, auf der Einnahmenseite 4.100,00 € und somit einen im städtischen Haushalt einzuplanenden Betrag von 13.400,00 € vor. Das Vorjahresniveau wird nur deshalb um ca. 2.500,00 € überschritten, weil in diesem Entwurf Gagenleistungen aus dem Jahr 2001 eingearbeitet werden mussten, die im vergangenen Jahr nicht mehr ausbezahlt werden konnten.

Stadtjugendpfleger Hölzer erläuterte dem Ausschuss die einzelnen Positionen des Entwurfs. Der Ausschuss lobte einvernehmlich die Arbeit der Stadtjugendpflege; insbesondere der seit Jahren gepflegte äußerst sorgsame Umgang mit den bewilligten Haushaltsmitteln wurde anerkennend erwähnt.

Auf Anfrage erklärte Herr Hölzer, dass der beschädigte Basketballkorb an der Schule Baldestraße nach Rücksprache mit Rektor Schwalling derzeit nicht mehr erneuert werde, da der Standort im Rahmen der Neugestaltung des Schulhofes in nächster Zeit umgebaut werde. Dafür sei jedoch am Feuerwehrhaus ein Basketballkorb aufgestellt worden. Da dieser neue Standort von den Jugendlichen nicht angenommen werde, wurde angeregt, für den Fall, dass sich der Umbau des Schulhofes noch länger hinauszögert, den Korb doch – zumindest vorübergehend – wieder dort zu errichten.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem von der Stadtjugendpflege vorgestellten Haushaltsentwurf vorbehaltlich der entsprechenden Ausweisung im Haushalt 2002 in vollem Umfang zuzustimmen.

TOP 11

Verein AJZ e.V.;
Zuschussantrag 2002

öffentlich

Stadtjugendpfleger Hölzer stellte dem Ausschuss den Zuschussantrag des Vereins AJZ e. V. vor und erläuterte die einzelnen Positionen. Er wies insbesondere daraufhin, dass trotz des seit Jahren gleichbleibenden Zuschussvolumens von 3.500,00 € die Tilgung der noch bestehenden Restschuld von ca. 1.500,00 € eingeplant sei, so dass damit die Verbindlichkeiten endgültig abgetragen seien.

Der Sozialausschuss lobte die konsequente Kassenführung des Vereins und beschloss einstimmig mit 8 : 0 Stimmen, dem Verein AJZ e. V. vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 einen Zuschuss in der beantragten Höhe von 3.500,00 € zu gewähren.

Stadträtin Portenlänger war bei Beschlussfassung vorübergehend abwesend.

TOP 12

Abenteuerspielplatz e. V.;
Zuschussantrag 2002

öffentlich

Wie in den Vorjahren beantragt der Verein Abenteuerspielplatz e. V. einen Zuschuss für die Betreuungskosten in Höhe von 2.581,80 € und einen Verwaltungskostenzuschuss in Höhe von 1.480,00 €.

Auf Anfrage berichtete Stadtjugendpfleger Hölzer, dass während der Öffnungszeiten in den Frühjahrs- und Sommermonaten täglich ca. 30 Kinder den Abenteuerspielplatz besuchen.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Verein Abenteuerspielplatz – wie beantragt – vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 4.061,80 € zu gewähren.

TOP 1

Umweltstation Ebersberg;

Naturerlebnispfad: a) Übersicht über die Kosten der einzelnen Stationen
b) graphische Gestaltung; Vorstellung des Entwurfs

öffentlich

a) Übersicht über die Kosten der einzelnen Stationen:

Zu diesem Tagesordnungspunkt konnten noch keine Aussagen getroffen werden, da die Kosten für die einzelnen Stationen wesentlich von Art und Ausführung der graphischen Gestaltung abhängen. Nach einer Entscheidung des Ausschusses hierüber (siehe Buchstabe b), soll in der Stadtratssitzung am 23.04.02 eine Kostenzusammenfassung vorgelegt werden, damit der Naturerlebnispfad dann bis Herbst fertig gestellt werden kann.

b) graphische Gestaltung; Vorstellung des Entwurfs:

Herr Strobel erklärte dem Ausschuss, dass er zunächst nach einem einprägsamen Erscheinungsbild für die Umweltstation gesucht habe, das einen unmittelbaren Bezug zu Ebersberg herstellt und sich in Typographie und Gestaltung in der graphischen Darstellung der Tafeln zum Naturerlebnispfad wiederfinden soll. Er wählte hierfür eine Darstellung des Aussichtsturmes, die neben dem Schriftzug „Umweltstation Ebersberger Forst“ die Verbindung zur Stadt greifbar machen soll.

Dieser „Logo-Entwurf“ findet sich – nach Vorschlag von Herrn Strobel – im ähnlich gestalteten Schriftzug „Ebersberger Naturerlebnispfad“ wieder. Zusätzlich sollte – insbesondere für Kinder – eine Identifikationsfigur geschaffen werden, die an den einzelnen Stationen auch Leseunkundigen die möglichen Aktivitäten durch bildhaft dargestelltes „Vormachen“ zeigen soll. Herr Strobel entwarf hierzu einen „personifizierten“ Eber.

Für die Stationstafeln schlägt Herr Strobel Aluplatten vor, auf denen vierfarbig bedruckte Folien aufgebracht werden, und die gleichzeitig mit verschiedenen Funktionen – wie Türchen, Drehscheiben u.Ä. – ausgestattet werden können. Hier können die einzelnen Themen der Stationen in Wort und Bild erläutert werden. Parallel wird die aktive Betätigung der Besucher ermöglicht, so dass Entdeckerlust geweckt wird. Die farbliche Gestaltung der Tafeln wurde passend zu den entworfenen Logos der Umweltstation und des Naturerlebnispfades in grünen und rötlichen Erd- und Naturtönen gewählt.

Alternativ könnten die Tafeln im Siebdruck-Verfahren hergestellt werden, das jedoch bei

einer vierfarbigen Gestaltung sehr hohe Kosten verursacht und deshalb allenfalls für einfarbige Tafeln in Frage käme.

Für die Befestigung der Tafeln stehen verschiedene Varianten zur Verfügung, die teilweise wohl auch durch den Bauhof ausgeführt werden können.

Auf die Frage nach den entstehenden Kosten erklärte Herr Strobel, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Einschätzung sehr schwierig sei, da die gewünschten und notwendigen gestalterischen Details noch nicht bekannt seien. Er vermute jedoch, dass bei Verwendung von Vierfarb-Folien mit Kosten von ca. 500,00 € pro Tafel gerechnet werden müsste.

Bürgermeister Brilmayer wies in diesem Zusammenhang daraufhin, dass selbstverständlich auch für dieses Projekt der Umweltstation Zuschüsse des bayerischen Umweltministeriums in Höhe von 60% bis 70% zu erwarten seien. In wie weit die Kosten für die graphische Gestaltung zu einer Reduzierung der anderweitigen Ausstattung der Stationen führen würden, kann erst nach genauer Ermittlung der notwendigen Aufwendungen geklärt werden und ist dann zu diskutieren.

Die Alutafeln mit der bedruckten Folie sind witterungsbeständig und halten nach den bisherigen Erfahrungen auch unter extremen Bedingungen mindestens fünf Jahre. Dann kann mit relativ geringem Aufwand die Folie erneuert werden. Ein Schutz gegen mutwilligen Vandalismus ist zwar nicht gegeben, jedoch ist die Reparatur der Tafeln gegenüber anderen Varianten relativ kostengünstig, da meist nur ein Austausch der Folie erfolgen muss.

Nach eingehender Diskussion sprach sich der Umweltausschuss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen dafür aus, die von Herrn Strobel vorgestellte Variante zur graphischen Gestaltung des Naturerlebnispfades weiter zu verfolgen, und dann in Kenntnis der zu erwartenden Kosten in der Stadtratssitzung am 23.04.02 endgültig über die Gestaltung zu entscheiden.

TOP 2

Stadtjugendpflege;
a) Schwerpunkte 2002
b) Vorstellung des Haushaltsplanes 2002

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich an den Beginn der Sitzung verschoben.

TOP 3 und TOP 4

Stadtratsfraktion der SPD;
Antrag auf Prüfung der Errichtung eines Biogas- bzw. Biomasseheizkraftwerkes

öffentlich

Stadtratsfraktion der GRÜNEN;
Antrag auf Prüfung der Errichtung einer Biogasanlage

öffentlich

Der Ausschuss war sich einig, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 gemeinsam zu beraten.

Im Zusammenhang mit der notwendigen Sanierung des Klostersees beantragen die Stadtratsfraktionen der SPD und der GRÜNEN, die Errichtung einer Biogasanlage bzw. eines Biomasseheizkraftwerkes in Ebersberg zu prüfen (s. Anlagen 2 und 3 zu diesem Protokoll).

Die Verunreinigung des Klostersees scheint hauptsächlich durch das Ausbringen von mit Keimen und Phosphat belasteter Gülle bedingt zu sein, so dass eine Hygienisierung der Gülle in einer Biogasanlage die Keime betreffend hier die notwendige Abhilfe schaffen könnte. Von Seiten der SPD-Fraktion wurde in diesem Zusammenhang die in ihrem Antrag enthaltene Forderung nach energetischer Verwendung von Klärschlamm in einer Biogasanlage zurückgenommen, da inzwischen festgestellt worden sei, dass aus dem Klärschlamm über die bereits praktizierte Verwertung in der Kläranlage hinaus keine zusätzliche Energie gewinnbar sei. Die erfolgreiche Verwertung von Gülle in kostenneutralen Anlagen, durch die neben der Energiegewinnung auch eine Hygienisierung der Gülle erreicht werde, sei jedoch bereits möglich und müsse geprüft werden. Es stünde Ebersberg gut an, in diesem Bereich eine Vorreiterrolle zu übernehmen und damit gleichzeitig zur Sanierung des Klostersees beizutragen.

Von der Fraktion der GRÜNEN wurde ergänzt, dass Güllemenge und –qualität nach der Verwendung in einer Biogasanlage zwar gleich blieben, dass nach einer Hygienisierung jedoch sogar das Ausbringen in Trinkwasserschutzgebieten möglich sei. In einem ersten Schritt müssten daher Informationen über den Betrieb und die Möglichkeiten solcher Anlagen aus erster Hand eingeholt werden; erst dann könnte über Einsatzmöglichkeiten und Kosten nachgedacht werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde dem entgegen gehalten, dass nach allen bisherigen Erfahrungen der wirtschaftliche Betrieb einer solchen Anlage kaum möglich sei. Zudem müsse im Hinblick auf die Effektivität das Gesamtergebnis bedacht werden. Dabei sei zu berücksichtigen, dass der Betrieb der Anlage mit Gülle alleine nicht möglich ist, sondern im Hinblick auf die Ergiebigkeit vielmehr Fette o. Ä. zugesetzt werden müssten, die wiederum zu einer unerwünschten Anreicherung der Gülle führen würden.

Nach eingehender Diskussion schlug Bürgermeister Brilmayer vor, zunächst Informationen über einen neutralen Fachmann einzuholen und anschließend – sofern dann noch Bedarf und Notwendigkeit besteht – eine entsprechende Biogasanlage zu besichtigen. Grundsätzlich müsse dabei gelten, dass dies nur unter dem Aspekt eines möglichen positiven Effektes für den Klostersee geschehen dürfe, dessen Wirkungsgrad auf jeden Fall in Relation zu möglichen anderen Maßnahmen gesetzt werden müsse. Von Seiten der Stadträte wurde vorgeschlagen, zusätzlich Informationen über die zu erwartenden immissionsschutzrechtlichen Auflagen für eine Biogasanlage einzuholen.

Der Umweltausschuss war sich einig, wie folgt vorzugehen:

1. Information des Umweltausschusses durch den Vortrag eines neutralen Fachmannes, der wenn möglich auch auf Praxiserfahrungen zurückgreifen kann,
2. Information über die Auflagen des Immissionsschutzes für Biogasanlagen und
3. Besichtigung einer in Betrieb befindlichen Biogasanlage, sofern nicht die eingeholten Fachinformationen von vorneherein die Errichtung einer solchen Anlage ausschließen.

TOP 5

Stadtratsfraktion der CSU;

Antrag auf Prüfung der Einrichtung einer Ganztagschule in Ebersberg

öffentlich

Die Stadtratsfraktion der CSU beantragt die Prüfung der Möglichkeiten zur Errichtung einer Ganztageschule in Ebersberg (s. Anlage 4 zu diesem Protokoll).

Bürgermeister Brilmayer berichtete hierzu, dass die Staatsregierung derzeit die Einrichtung von ca. 30 Ganztageschulen in Bayern plant und dabei auch bei der Stadt nach Möglichkei-

ten und Bedarfseinschätzungen für Ebersberg gefragt habe. Der zuständigen Regierungsschulrätin wurde grundsätzliches Interesse signalisiert; sie wurde jedoch zunächst um Rücksprache mit Rektor Schwelling gebeten.

Die Einrichtung einer Ganztageschule könnte in Ebersberg in Form eines gesonderten „Zuges“ neben der herkömmlichen Halbtageschule eingeführt werden. Notwendige Räumlichkeiten könnten u. U. durch die Verlagerung des derzeit in Ebersberg untergebrachten M-Zuges in eine andere Landkreisgemeinde - beispielsweise nach Grafing – gewonnen werden. Unklar ist, welcher weitere Ausstattungsbedarf für eine Ganztageschule besteht und welche Belastungen dabei auf die Stadt als Aufwandsträger zukommen würden. Die personelle Ausstattung wäre bei einer Ganztageschule - im Gegensatz zu Formen einer außerschulischen Ganztagesbetreuung - Sache des Staates.

Der Sozialausschuss soll regelmäßig über den Sachstand informiert werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde angemerkt, dass die Einrichtung einer Ganztageschule in Ebersberg wenig wahrscheinlich sei, da von Seiten des Staates als Standort bevorzugt soziale Brennpunkte ausgewählt würden und Ebersberg dieses Kriterium nicht erfüllt.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um eine Berichterstattung, eine Beschlussfassung fand nicht statt.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Gespräch der zuständigen Regierungsschulrätin mit Rektor Schwelling hat zwischenzeitlich stattgefunden. Dabei wurde festgestellt, dass Ebersberg nicht als sozialer Brennpunkt gelten kann – z. B. ist der Anteil von ausländischen Schülern hierfür zu gering - , so dass die Errichtung einer Ganztageschule in Ebersberg zum jetzigen Zeitpunkt von staatlicher Seite praktisch ausgeschlossen wird.

TOP 6

Stadtratsfraktion der SPD;

Antrag auf Ermittlung des Bedarfes zur Einrichtung einer Kinderkrippe bzw. auf deren Errichtung

öffentlich

Die Stadtratsfraktion der SPD beantragt die Ermittlung des Bedarfes für eine Kinderkrippe in Ebersberg und je nach Ergebnis dieser Ermittlung die anschließende Schaffung eines solchen Betreuungsangebotes (s. Anlage 5 zu diesem Protokoll).

Bürgermeister Brilmayer berichtete, dass dieses Thema in mehreren Landkreisgemeinden diskutiert würde, und deshalb der Abstimmung bedürfe. Er schlug deshalb vor, zunächst in einer Diskussion im Landkreis-Gemeindetag die gesamte Situation im Landkreis zu klären und evtl. auch über eine einheitliche Handhabung nachzudenken.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass von Seiten des Staates der bestehende Bedarf bereits erkannt worden sei, und deshalb in den kommenden Jahren die Errichtung von jährlich 1000 neuen Krippenplätzen gefördert werde. Auch für Ebersberg sollte der Bedarf – z. B. durch Umfragen bei den Kindergartenleitungen – ermittelt werden. Darüber hinaus könnten bereits bestehende Einrichtungen, wie z.B. das Poinger Kinderhaus, in dem Kinder altersübergreifend von 1 bis 12 Jahren betreut würden, besichtigt werden.

Der Sozialausschuss war sich einig, wie von Bürgermeister Brilmayer vorgeschlagen, zu verfahren.

An dieser Stelle übernahm stellvertretende Bürgermeisterin Anhalt vorübergehend die Sitzungsleitung.

TOP 7

Kreisjugendring Ebersberg;
Zuschussantrag für 2002

öffentlich

Mit Schreiben vom 06.12.01 beantragt der Kreisjugendring Ebersberg den Zuschuss zur Förderung der Jugendarbeit im Jahr 2002. Der Zuschussbetrag setzt sich – wie in den Vorjahren – aus 70% der im vergangenen Jahr an die Jugendorganisationen der Stadt bezahlten Zuschüsse (30% übernimmt der Landkreis) und einem Grundbetrag von 0,21 € je jugendlichem Einwohner zusammen. Auf Ebersberg entfallen damit für 2002 insgesamt 3833,18 €. Das sind ca. 420,00 € mehr als im Vorjahr.

Das landkreisweite System der Zuschussaufteilung funktioniert nur bei Beteiligung aller Gemeinden als Solidargemeinschaft. Das seit 1995 bestehende Gesamtzuschussvolumen von 67.500,00 DM (≙ ca. 34.500,00 €) wird auch 2002 nicht erhöht.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Kreisjugendring Ebersberg vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 einen Zuschuss in der beantragten Höhe von 3833,18 € zu gewähren.

TOP 8

Kulturkreis Ebersberg;
Zuschussantrag 2002

öffentlich

Mit Schreiben vom 11.01.2002 beantragt der Kulturkreis Ebersberg e. V. für 2002 wie in den Vorjahren einen Verwaltungskostenzuschuss in Höhe von 1.500,00 € und einen Ausfallbürgerschaftsfond in Höhe von 3.500,00 €.

Bei der Überprüfung der Abrechnung des Jahres 2001 wurde festgestellt, dass der Kulturkreis für jede einzelne Veranstaltung etwaige Defizite geltend machte und Gewinne aus anderen Veranstaltungen nicht mit diesen Verlusten aufrechnete. Die Verwaltung schlug daher vor, vom Kulturkreis künftig eine auf das gesamte Jahr bezogene Gewinn- und Verlustrechnung aller Veranstaltungen zu verlangen und erst ein sich dann u. U. ergebendes Defizit geltend zu machen. Aufgrund der vorgelegten Zahlen scheint eine Verringerung des Ausfallbürgerschaftsfonds auf 3.000,00 € vertretbar.

Der Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, diesem Vorschlag zuzustimmen und dem Kulturkreis für 2002 vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 einen Verwaltungskostenzuschuss von 1.500,00 € zu gewähren und für alle Veranstaltungen insgesamt eine Ausfallbürgerschaft bis zu 3.000,00 € zu übernehmen.

An dieser Stelle übernahm wieder Bürgermeister Brilmayer die Sitzungsleitung.

TOP 9

Verein Ausländerhilfe e.V.;
Zuschussantrag 2002

öffentlich

Der Verein Ausländerhilfe beantragt für das Schuljahr 2001/2002 einen Zuschuss in Höhe von 2.500,00 DM.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Verein Ausländerhilfe – wie bereits in den Vorjahren – vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 einen Zuschuss in Höhe von 1.000,00 € zu gewähren.

TOP 10

Jubilate-Chor, Konzertreihe „BACH & MORE“;
Antrag auf Ausfallbürgschaft

öffentlich

Der Jubilate- Chor Zorneding wird im Oktober 2002 im Rahmen der Konzertreihe Bach & more den „Elias“ von Mendelsohn Bartholdy in der Pfarrkirche Ebersberg aufführen. Falls die mit dieser Aufführung verbundenen Kosten durch die Eintrittsgelder nicht gedeckt werden können, bittet der Jubilate-Chor um die Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 1.500,00 €.

Der Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Jubilate-Chor Zorneding für die Aufführung des „Elias“ vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 1.500,00 € zu gewähren.

TOP 11

Verein AJZ e.V.;
Zuschussantrag 2002

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich an den Beginn der Sitzung verschoben.

TOP 12

Abenteuerspielplatz e. V.;
Zuschussantrag 2002

öffentlich

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich an den Beginn der Sitzung verschoben.

TOP 13

Agenda Arbeitskreis „Konsummuster, Energie“;
Zuschussantrag

öffentlich

Der Agenda Arbeitskreis „Konsummuster, Energie“ führt eine Aktion zur Auffindung und Auswechslung von Kühlgeräten durch, die nicht mehr der Energie-Effizienzklasse A entsprechen. Die hierfür nötig Messgeräte stellt der Ebersberger Handel zur Verfügung, der auch beim anschließenden Neukauf eines Kühlgerätes einen Preisnachlass von 25,00 € gewährt.

Darüber hinaus soll durch einen weiteren Zuschuss in Höhe von 25,00 € beim Austausch eines solchen Altgerätes ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden. Der Austausch des ältesten Kühlgerätes sollte mit 400,00 € belohnt werden. Der Arbeitskreis bittet um einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 1.000,00 €.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters beschloss der Umweltausschuss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die Aktion des Agenda Arbeitskreises vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 mit 25, 00 € für die ersten 20 Austauschgeräte und mit zusätzlich 100,00 € für das älteste Kühlgerät zu fördern.

TOP 14

Jazzdays 2002;
Zuschussantrag

öffentlich

Mit Schreiben vom 03.02.2002 beantragt die Musikschule Ebersberg (Hr. Ametsbichler) – wie in den vergangenen Jahren – für die „Jazzdays 2002“ eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 2.500,00 €.

Auch wenn die Ausfallbürgschaft im vergangenen Jahr beinahe ganz abgerufen wurde, sollte diese nun schon traditionelle, niveauvolle Veranstaltung auf diese Weise unterstützt werden. Der Landkreis hat ebenfalls wieder eine Ausfallbürgschaft in gleicher Höhe zugesagt.

Der Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, der Musikschule für die Jazzdays 2002 vorbehaltlich der Ausweisung im Haushalt 2002 eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 2.500,00 € zu gewähren.

TOP 15

Verschiedenes

öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

TOP 16

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadträtin Will machte auf die - ihrer Ansicht nach – zu rüde Form der städtischen Mahnung aufmerksam, die bereits bei Kleinbeträgen und auch bei privatrechtlichen Forderungen die unmittelbar folgende Zwangsvollstreckung androhen.

Bürgermeister Brilmayer sagte zu dies zu überprüfen und im rechtlichen Rahmen für Abhilfe zu sorgen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.40 Uhr

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Brilmayer
Sitzungsleiter

Pfleger
Schriftführerin